

in ihrer Aufwertung durch egalitäre Republikaner wird sie als demokratisch tituliert, da inklusive und egalitäre Sozialnormen mit der Repräsentation kombiniert werden.

3.4 Fazit: Der doppelte Wandel der Demokratie in Amerika

Wie kommt der doppelte Wandel der Demokratie in Amerika zustande? Betrachtet man zunächst den politischen Diskurs während der Amerikanischen Revolution, zeigt sich, dass in den 1770ern die meisten Denker und Publizisten den Terminus *democracy* noch meiden und ein System, das auf dem Willen des *demos* fußt, als Republik definieren, egal, ob dieser Wille direkt oder via Repräsentanten vermittelt wird. Implizit werden demokratische Normen über den Republikanismus bereits positiv bewertet. So gelten in den meisten Pamphleten dieser Zeit und in der *Declaration of Independence* Freiheit und Gleichheit als Naturrechte. Interessant ist dabei, dass bei Paine sowohl das klassische (positive) Ideal von Freiheit und Gleichheit – der freien und gleichen Partizipation der Bürgerschaft – als auch das moderne (negative) Ideal – als Schutz des Privaten und des Individuums sowie die Gleichheit vor dem Gesetz – ausgeglichen vorhanden sind, wodurch Freiheit und Gleichheit einen umfassenden Charakter erhalten. Wie die meisten zeitgenössischen Autoren will er diese Republik repräsentativ gestalten, aus dem Argument der Notwendigkeit heraus, da die Einzelstaaten und eine Konföderation zu groß für eine klassische Versammlungsdemokratie seien. Dass er diese *representative republic* synonym mit der Demokratie sieht, zeigt sich daran, dass er erstens in den 1790ern dieses Konzept als *representative democracy* klassifiziert und zweitens schon 1776 das Repräsentativsystem als Weiterentwicklung der klassischen *simple democracy* interpretiert, wobei die Repräsentation nicht als Notbehelf in einem vermeintlich demokratischen Großstaat, sondern als Fortschritt der Demokratie gedeutet wird. Um diese Repräsentation demokratisch zu gestalten, wird sie deskriptiv gedacht, indem das Volk die Repräsentanten als sein Spiegelbild jährlich wählt. Adams fokussiert in den 1770ern Freiheit und Gleichheit auf klassisch-republikanische Weise. Ohne explizit einen demokratischen Konnex zwischen Volksversammlung und Parlament zu ziehen, definiert auch er die Republik als Ausführung des Volkswillens – via deskriptiver Repräsentation. Gleichzeitig entsteht aber deutlicher eine Spannung zwischen einem elitären und einem egalitären Duktus der Repräsentation. Denn Adams sieht das Parlament als Miniaturbild, aber es sollten die besten Charaktere rekrutiert werden. Dass er eher einer klassischen Mischverfassung denn einer Demokratie anhängt, zeigt sich an seiner Gewaltenteilung. Sie soll dazu dienen, Gruppen und Konflikte zu institutionalisieren und zu moderieren. Beide Denker haben einen republikanischen Anspruch, den sie nicht als demokratisch titulieren, aber so unterschiedlich stark demokratische Vorstellungen implizit kommunizieren, wobei bei beiden sich eine Spannung aus einer auf dem Volk basierenden Republik respektive Demokratie und der modernen Repräsentation als Rekrutierung einer Elite, die mit den *people* identisch sein solle, entsteht.

Deutlicher wird der Gegensatz von Repräsentation und Demokratie in der Ratifikationsdebatte von 1787/88. Die Federalists differenzieren korrekt zwischen klassischer oder reiner Demokratie und der modernen, repräsentativen *free republic*. Dabei trennen sie die Begriffe *republic* und *popular government* von der *democracy*. Die Republik

wird semantisch der Repräsentation zugeschrieben, denn die Meinung eines als fakti-
ös gesehenen Volkes sei nur relevant, um die tugendreiche *natural aristocracy* zu wählen,
da die politischen Institutionen gegenseitige Kontrollen im *checks and balances* vorneh-
men. Dabei sollten die wenigen Repräsentanten in einem Zentralstaat geistig und ha-
bituell distanziert von den Einzelstaaten und lokalen Interessen sein. Sprachlich tritt
hier der Wandel ein, dass eine Wahlaristokratie ohne klassisch-demokratische Kon-
trollen⁴⁹⁴ zwar dezidiert von der Demokratie getrennt wird; aber die Distinktion aus
Repräsentanten und *demos* passiert im Namen der Volkssouveränität. Dadurch ist ihre
Repräsentation elektoral-distinktiv. Während die Federalists Elitetheoretiker sind, wel-
che die wenigen Aristokraten vor einer demokratischen Majorität schützen wollen, sind
viele Anti-Federalists klassisch-partizipatorische Republikaner. Sie fordern teils wieder
eine mimetische Repräsentation, weswegen die Abgeordneten aber lokal rückgebunden
an ein weitgehend homogenes Volk sein müssten. So ergeben sich imperative Elemen-
te dieser Repräsentation, etwa mit dem *recall* und der Legitimität lokaldemokratischer
township meetings. Diese Repräsentation ist somit eine Mischung aus imperativem Man-
dat und deskriptiver Repräsentation.

Die Anti-Federalists wenden den Tugendbegriff demokratisch auf das ganze Volk
und nicht nur auf politische Eliten an. Die meisten Verfassungsgegner sprechen von
Republik, aber einige nutzen bereits den Terminus *democracy* als Gegenmodell, indem
die Repräsentation als Notwendigkeit akzeptiert, aber durch *township meetings* ein höhe-
rer Grad der Volkskontrolle ermöglicht werden soll. Daraus resultiere eine weitgehen-
de Unabhängigkeit der Legislative als demokratischer Part der föderalistischen Misch-
verfassung gegenüber Institutionen, die nicht aus einer Volkswahl hervorgingen. Die
Anti-Federalists verlieren die Debatte aus unterschiedlichen Gründen. Vor allem aber
können die Federalists ihre Gegner diffamieren, haben eine demokratische Sprache,
indem eine aristokratische Wahl als volkssouverän deklariert wird, eine Zuschreibung,
die auch die meisten Anti-Federalists nicht kritisieren. Inhaltlich wird die radikale Posi-
tion Paines kaum noch von den Anti-Federalists diskutiert, während die Federalists mit
den Philosophien von Hume und Locke ein neuartiges elitäres System formen. Dadurch
fällt die Verfassung hinter die revolutionären Ideen zurück. Da dieses System aber er-
folgreich als volkssouverän suggeriert wird, ist es kaum verwunderlich, dass bald die
strikte Trennung von *democracy* und *representative republic* gelockert werden wird, zumal
die Anti-Federalists die Debatte mit Ideen der antiken Republik und Demokratie anrei-
chern. Dabei zeigt sich der Versuch, in einer sich modernisierenden Gesellschaft klas-
sisch-demokratische Züge republikanisch zu erhalten, was in einem demokratischen
Republikanismus der Kleinstaatlichkeit gegen das neuartige Konzept der Federalists,
das die klassische Politik unter dem modernen Nationalstaat begräbt, nicht ankommt.
Die Neubestimmung des Republikbegriffs, weg von der kleinstaatlichen Republik und
Demokratie, gründet auch davon, dass keine bekannte nichtmonarchische Staatsform
auf den neuen, unabhängigen Großstaat zu passen scheint.

Wie sich der Diskurs vom progressiven Paine, der sich als moderner Demokrat und
Republikaner versteht, und dem konservativen Republikaner Adams hin zu den elitären

494 Dazu gehören etwa ein Mix aus aleatorisch und elektoral rekrutierten Beamten und Amtsregula-
tionen (Annuität, Iterationsverbot etc.).

Federalists und den demokratischen bis republikanischen Anti-Federalists verschiebt, so verschieben sich die Fronten in den 1790ern abermals: Hier geht der individualistische Madison ein Bündnis mit Jefferson und einigen Anti-Federalists ein, und die Democratic Republicans bilden sich daraus. Die Federalists um Hamilton und Adams gerieren sich nun nicht nur als Aristokraten, sondern als Oligarchen, Merkantilisten oder Monarchisten. Durch die Gleichsetzung von Gehorsam gegenüber der Regierung und republikanischen Patriotismus, aber auch durch ihre Forcierung eines starken, monarchisch anmutenden *President*, legen die Federalists keine rhetorische Betonung auf den von ihnen konzipierten widersprüchlichen Konnex aus vom Volk distinktiven Repräsentanten und der Volkssouveränität per Wahl. Gegen diese autoritären Federalists, deren Aristokratentum sich nicht mehr hinter dem Schleier der Neuartigkeit ihrer Verfassung verstecken kann, ist die neue Mischung aus demokratischen Republikanern und libertären Individualisten bei den Jeffersonian Republicans besser gewappnet. Nun können vor allem sie die sich mit der Amerikanischen Revolution durchsetzenden demokratischen Normen erfolgreicher und teils plebejisch forcieren. Die Federalists dagegen versäumen dies – aufgrund ihres elitären Reflexes gegen die Französische Revolution und ihres Fokus' auf Außenpolitik und Nationalökonomie. Die Federalists perzipieren eine Kongruenz aus politischer sowie finanzökonomischer Elite und betreiben eine deutliche politische Exklusion des Volkes und eine Schwächung des *House of Representatives* – zugunsten von *Senate* und *President*. Die Democratic Republicans dagegen sprechen sich auf Madisons Seite für eine Beachtung der Volksmeinung und des Schutzes der Person, des Eigentums und des Interesses aus. Aufseiten Jeffersons forcieren sie eine negative Kontrolle der Repräsentanten per Abwahl sowie ein Nullifikations- und Rebelsionsrecht der Bürgerschaft, die Stärkung lokaldemokratischer Institutionen in *elementary republics*, mit *township meetings* sowie den Democratic Republican Societies. Damit sind die Jeffersonian Republicans teils frühliberal, teils demokratisch-republikanisch und versuchen eine Verbindung aus Agrarstaat und demokratischer tugendorientierter Republik herzustellen, indem autarke Farmer die aristokratischen Repräsentanten kontrollieren und in den Elementarrepubliken direkt partizipieren sollen. Einerseits können sie den Widerspruch aus Repräsentation und Volksmacht nicht auflösen. Andererseits ist der Durchbruch eines positiven semantischen Gebrauchs der Demokratie zu konstatieren, indem größere Gruppen nun den Terminus *democracy* verwenden, und das elitäre System, das verfassungsgemäß kaum mehr als Ganzes änderbar ist, soll um demokratische Elemente angereichert werden. Durch den Sieg der Jeffersonian Republicans 1800 setzt sich die *Demokratie* als Norm und Begriff allmählich durch, ohne dass das politische System sich maßgeblich institutionell demokratisieren ließe.

Erst mit dem Durchbruch der Republicans in einem undemokratischen System lässt sich der semantisch-normative Erfolg der Demokratie und dessen Konnex mit der Repräsentation erklären. Denn man muss Jefferson zugestehen, dass seine Version von Repräsentation und Kontrolle eher der demokratischen Kontrolle von Magistraten in einer klassischen Demokratie ähnelt und sich der Grad der Partizipation des Volkes in einer Mischverfassung tatsächlich maximiert hätte. Gewiss war im Jahr 1800 unklar, wohin diese Neudefinition der Demokratie führen würde. Die Democratic Republicans perzipierten eine semantische Verschmelzung von Republikanismus, Demokratie und Individualismus. Für einen kurzen Augenblick verhieß der *Jeffersonian moment* in seiner

politischen Theorie, dass sich soziale Homogenität, demokratischer Egalitarismus und wirtschaftliches Wachstum verbinden.⁴⁹⁵

So lässt sich aber in der Forschungskontroverse zwischen einer frühliberalen oder republikanischen Tradition Amerikas während der Revolution und Staatsgründung nicht fest sagen, welche überwiegt, da keine konzeptuell saubere Trennung dieser Prinzipien vollzogen wurde. Fest steht, dass eine Wechselwirkung und Spannung zwischen Eigeninteresse und Gemeinwohl, zwischen Kommerz und Agrarianismus, zwischen Lokalismus und Nationalismus, zwischen negativen und positiven Freiheiten und zwischen Repräsentation und Partizipation spätestens seit der Revolution besteht, nicht nur in konkurrierenden Konzepten, sondern teilweise sogar (zum Beispiel bei Paine, Jefferson oder Madison) innerhalb eines Denkansatzes, das klassisch-republikanische und partizipatorische Prinzipien mit der frühkapitalistischen Gesellschaft im Nationalstaat kombiniert.⁴⁹⁶ Das führt zu seltsamen Frontlinien, von denen die egalitäre Seite sich graduell als demokratisch klassifizieren lässt. Dennoch bilden sich das Repräsentativsystem und die Umdeutung der Demokratie heraus, jedoch mit unklaren Vorstellungen, die weder rein demokratisch noch elitär sind.

Dass sich im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts die *democracy* als positiver Begriff in den USA herausbilden kann, liegt daran, dass sie als eine Spielart der Mischverfassung anerkannt wird und die Politik moralisiert, insofern in allen drei analysierten Diskursen selbst die demokratiekritischen Stimmen die Moralisierung der Politik durch den öffentlichen Willen akzeptieren (müssen). Das sorgt für eine Aufwertung der Demokratie auf semantisch-normativer Ebene, was eine Aufwertung der Repräsentation als Form der »demokratischen Republik« verursacht. Denn zwar teilten die Anti-Federalists und Jefferson die Annahme, dass es Demokratie und Republik nur in homogenen Kleinstaaten geben könne. Aber Jefferson pflegte einen Geist des Frühkapitalismus als Agrarrepublikanismus, was durch Madisons Individualismus angereichert wird. In diesem offenen Konzept als Hybriden von Kommerz, ökonomischen und geographischen Wachstum und demokratischer Republik dient der wirtschaftliche Part dazu, dass die Farmer autarke Personen werden, die so – von ökonomischen Nöten befreit – als Freie und Gleiche politisch partizipieren sollen. Das ergibt eine vielschichtige Fusion aus klassisch-republikanischen und -demokratischen sowie kapitalistischen Normen, zumal alle drei behandelten Diskurse vom Verhältnis von Tugend und Eigeninteresse geprägt waren. Dadurch geht die Aufwertung des Demokratiebegriffs einher mit dem Versuch, die alten positiven Freiheiten der politischen Beteiligung des *demos* und die negativen individualistischen Freiheiten gegeneinander abzuwägen oder auszubala-

495 Vgl. Shalhove: *The Roots of Democracy*, S. 167f.; vgl. auch Hampsher-Monk, Iain: *The historical study of 'democracy'*, in: Duncan, Graeme (Hg.): *Democratic theory and practice*, Cambridge et al. 1983, S. 25-38, hier: S. 32-34. Mit der Perzeption von individueller Autonomie und Eigeninteresse war nur wenigen Republicans klar, wie der Kapitalismus das soziale und politische Leben beeinflussen würde.

496 Vgl. auch Winch, Donald: *Commercial Realities, Republican Principles*, in: van Gelderen, Martin/Skinner, Quentin (Hg.): *Republicanism. A Shared European Heritage*, Bd. 2: *The Values of Republicanism in Early Modern Europe*, Cambridge et al. 2002, S. 293-310, hier: S. 294-302.

lancieren.⁴⁹⁷ Am klarsten formuliert Ellen M. Wood den Zusammenhang von Kapitalismus und der Neudefinition der Demokratie: Der politisch-juridische Egalitarismus wird vom sozialen Egalitarismus getrennt, und somit werden die beiden Versprechen der Demokratie voneinander getrennt.⁴⁹⁸ Für die Republicans hat idealiter eine wirtschaftliche Ungleichheit keine Affekte auf die politische Gleichheit, sofern Autarkie und Wohlstand generell erreicht werden. Die Transformation der antidemokratischen Republik der Federalists konnte sich semantisch zur *representative democracy* transformieren, sowohl im politischen Denken als auch im sprachlichen Symbolismus der römischen Mischverfassung. Dass die Anti-Federalists, anders als die Democratic Republicans, im Diskurs unterlagen, zeigt den ideologischen Durchbruch der elitären Repräsentation.

Durch die demokratische und republikanische Sprache der Verlierer und – mit den Jeffersonians – Gewinner der Debatten und dem Erfolg der Democratic Republicans lässt sich ideengeschichtlich der doppelte Wandel der Demokratie in Amerika nachvollziehen, indem die demokratische Republik Ende des 18. Jahrhunderts den Durchbruch feiert, aber die bestehende Repräsentation, definiert durch die Verfassung, nicht mehr revidiert wird. Ein solches elitäres System, dass das Volk von der politischen Entscheidungsfindung weitgehend exkludiert, kann daher kaum als Demokratie klassifiziert werden – nicht, weil Termini sich nicht wandeln können, sondern da die repräsentative Regierungsform widersprüchlich zum Versprechen der Demokratie klassischen Antlitzes nach freier und gleicher direkter Partizipation des *demos* als autonomes Kollektiv bleibt, indem hierarchisch-elitäre Elemente etabliert und die Abgabe politischer Macht und Freiheit per Wahl vollzogen wird. Aber zur »repräsentativen Demokratie« wird sie mit der normativen und semantischen Aufwertung der Volkssouveränität (Federalists der 1780er), der Republik (alle Diskursteilnehmer) und Demokratie (Anti-Federalists, Democratic Republicans, Paine der 1790er) kombiniert. Die drei Diskurse zeigen, dass über die Auseinandersetzung des Republikanismus die Demokratie als demokratische Mischverfassung (in Abgrenzung zur *simple democracy* der Antike) Ende des 18. Jahrhunderts als Norm und Staatsform positiv bewertet wurde. Doch auch diese republikanische Form der Demokratie setzt sich im Großstaat nur über das undemokratische Mittel der Repräsentation durch.

497 Vgl. Vorländer: Hegemonialer Liberalismus, S. 105f.; Ellis: American Political Cultures, S. 152f.; Rahe: Republics, S. 773.

498 Vgl. Wood: Demokratie contra Kapitalismus, insb. S. 210–228.